Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim., Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 449. **Dienstag** den 4. September 1900. **94. Jahrgang.**

Rumänien und Bulgarien.

v. S. Der Balkan macht neuerdings mehr von sich reden, als die Wirren in China, der Krieg in Transvaal und die Weltlage im Allgemeinen es möglich erscheinen lassen. Zwischen Rumänien und Bulgarien ist ein Conflict ausgebrochen, der zeitweilig einen ernsten Charakter trug, und dessen Erledigung auch jetzt nicht mit Sicherheit bestimmt werden kann. Wir sehen nur, daß die Absicht besteht, die Zwistigkeiten beizulegen und den Grund der Verstimmung aus der Welt zu schaffen. Ob dieser Wunsch sich verwirklichen läßt, muß natürlich abgewartet werden; in der Balkanpolitik spielen in der Regel so unbestimmte und schwer zu ergründende Momente mit, zu denen die Leidenschaften der Völker hinzutreten, daß die Herrscher und Regierungen der Slawenstaaten mit ihren Plänen nur zu häufig vor der Macht der Verhältnisse zurückstehen müssen.

Der Ursprung der Verstimmung ist, wie bekannt, in den Umtrieben des „makedonischen Comités" zu suchen. Die Bewegung, die eine Umgestaltung Makedoniens erstrebt und vor den äußersten Mitteln nicht zurückschreckt, hat letzthin mit besonderer Energie und Schärfe gearbeitet. Bukarest ist der Schauplatz von Mordthaten geworden, die nicht nur die Leiter des Ausschusses belasteten, sondern auch einen Zusammenhang mit bulgarischen Staatsmännern offenbarten. Wenigstens hat man beim Bulgaren Rosakow, der an der Ermordung des rumänischen Professors Michaileanu betheiligt war, einen Brief an den Minister Radoslawow vorgefunden, in welchem Mittheilungen über die Thätigkeit des makedonischen Comités in Rumänien enthalten waren. Außerdem ist es eine bekannte Thatsache, daß der Vorsitzende des Ausschusses beim Fürsten Ferdinand in Gnaden steht und sich des Schutzes desselben erfreut. Das Alles war der Bukarester Regierung kein Geheimniß und konnte auf die Dauer nicht unbeachtet bleiben.

Der Notenwechsel, der wegen dieser Vorgänge zwischen beiden Cabinetten Platz griff, ist bisher in keinem friedlichen Tone geführt worden. Von Bukarest aus wurde mit Gegenmaßregeln gedroht, falls man in Sofia sich nicht dazu entschließen sollte, der verderblichen Agitation endlich einen Riegel vorzuschieben.

Das Entgegenkommen der Bulgaren war bisher nur sehr gering. Anfangs schien es, als wollten sie überhaupt gar nichts thun; sie bequemten sich dann aber doch dazu, ihre Bereitwilligkeit zur Untersuchung der Beschwerden zu bekunden, falls sie das nöthige Material erhielten. Der Ton der Noten der Sofiaer Machthaber war so merkwürdig gehalten, daß die leitenden Kreise Bukarests an dem guten Willen der bulgarischen Regierung ernstlich zweifelten. Obgleich nun der Schriftwechsel auf beiden Seiten an seiner Schärfe so gut wie nichts eingebüßt hat, wird gleichwohl in officiösen Artikeln andauernd versichert, der Höhepunct der Spannung sei überschritten und die Beilegung des Streites im Grunde nur eine Frage der Zeit. Hoffentlich bewahrheitet sich diese Annahme, aber wir müssen immerhin die Möglichkeit ins Auge fassen, daß der Conflict zwischen Rumänien und Bulgarien schließlich in einem Zusammenstoß ausartet und dann natürlich weite Kreise in Mitleidenschaft zieht.

Schon die Meldung, daß die bulgarische Regierung die Donaufestungen Widdin, Sistowo und Nikopolis in Vertheidigungszustand setze, wirft auf die Lage ein bezeichnendes Licht. Die Thatsache selbst wurde von Bulgarien officiell nicht direct in Abrede gestellt, nur suchte man die Verstärkung der Wachen an der Grenze mit der gleichen, von Rumänien unternommenen Maßregel zu rechtfertigen. Es werden also jetzt schon Vorbereitungen getroffen, um für den Fall des Ausbruchs der Feindseligkeiten einigermaßen gerüstet zu sein. Viel bemerkt wurde die Reise des Königs Karol zum Kaiser von Oesterreich. Dieser unerwartete Monarchenzusammenkunft giebt dem Conflicte zwischen den beiden kleinen Staaten doch ein ernsteres Gepräge, als man zugeben möchte. Bei den Besprechungen zwischen dem Könige und Kaiser, denen auch der Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski beiwohnte, handelte es sich nicht nur um Vermittelungsbestrebungen, sondern um die Erwägung von Möglichkeiten und Folgen, die aus dem Conflicte zwischen Bulgarien und Rumänien erwachsen können. Die Lage wäre in der That sehr ernst, gelingt es nicht, die Differenzen glücklich zu begleichen.

Sollte es wirklich zum Kriege kommen, so würde zunächst die durch die Agitation des makedonischen Comités hervorgerufene Gährung dem Feldzuge einen ungewöhnlich leidenschaftlichen und erregten Charakter aufdrücken. Die Kämpfe würden sich weit über die Grenzen der beiden direct betheiligten Staaten ausdehnen, und könnten die Serben, die Griechen und schließlich auch die Pforte zum Eingreifen veranlassen. Damit hätte man dann die orientalische Frage aufgerollt, und es wäre unvermeidlich, daß Oesterreich und Rußland sich ebenfalls am Streite betheiligen. Daraus würde sich der lange vermiedene und allenthalben gefürchtete Weltkrieg mit Sicherheit entwickeln.

Wir sehen demnach, daß genügend Ursache bestand, um den König von Rumänien und den Kaiser von Oesterreich über die Balkanverhältnisse conferiren zu lassen. Was den beunruhigenden Charakter der Angelegenheit gleichwohl mindert, ist der Umstand, daß die betheiligten Großmächte in China stark in Anspruch genommen sind, daß sie unmöglich Verwickelungen auf dem Balkan wünschen können. Sollte Bulgarien nicht nachgeben wollen, so dürfte ein Machtwort des Zaren genügen, um den Fürsten Ferdinand zur Anerkennung der Forderungen Rumäniens zu zwingen. Dieses Wort würde sicher ausgesprochen werden, wenn die Dinge sich weiter zuspitzen und die aufrührerische makedonische Bewegung nach wie vor von Sofia geschützt und begünstigt wird. So lange also Rußland den Frieden auf dem Balkan erhalten will — und daran ist im Augenblick nicht zu zweifeln — ist der Ausbruch eines bewaffneten Conflicts zwischen Rumänien und Bulgarien nicht wahrscheinlich.

Australia militaris.

I. Kriegsfreiwillige für China.

Aus Sydney, 26. Juli, wird der „Welt-Correspondenz" geschrieben: Vor Kurzem bat Captain Hickson, Commandeur der hiesigen (N. S. Wales) Marinetruppen (i. e. die „naval brigade" und die „naval artillery forces") Freiwillige aus denselben zum activen Dienst in China der Regierung an. Der Premierminister (Sir W. Lyne) autorisirte ihn darauf, Freiwillige aufzurufen. Der wunde Punct ist: werden die hiesigen Soldaten mit der Höhe des englischen Soldes zufrieden sein? Außerdem ist man im Allgemeinen recht gegen das Absenden von weiteren Truppen aus Neu-Süd-Wales eingenommen, weil so die Colonie von ihren Vertheidigern entblößt werde. Auch fürchtet man, daß diese plötzlich erwachte Kriegsluft viele junge kräftige Leute, deren Dienste und Arbeit dem Gedeihen und der Wohlfahrt des Landes zu Gute kommen sollten, dem Lande entzogen werden würden. Captain Hickson hat nun bei einem Appell obiger Truppen denselben die Bedingungen für Kriegsdienste in China vorgelegt. Diese sind: Die Leute müssen kräftig und gesund, nicht älter als 45 und nicht jünger als 18 Jahre sein, und sie dürfen ihren Dienst nicht verlassen, bevor die Marinebehörden in China ihre Genehmigung dazu ertheilt haben. Der Sold soll betragen: 5 Schillinge per Tag für Gemeine, 6 Schillinge per Tag für Unterofficiere 1. Classe und 5 Schillinge 6 Pence für solche 2. Classe. Dann wurden die Freiwilligen aufgerufen. Die Antwort fiel recht spärlich aus: es meldeten sich von den Naval Artillery Volunteers nur 26 Mann und gar kein Officier, und von der Naval Brigade 3 Officiere, aber kein einziger Mann.

Trotz dieses Mißerfolges spricht man immer noch davon, daß ein kleines Contingent Marinetruppen von Sydney mit dem Dampfer „Salamis", welcher von der englischen Regierung für den Transport australischer Truppen nach China gemiethet worden ist, gesendet werden soll. Es geht das Gerücht, daß jeder Mann der Marinetruppen ein geheimnißvolles Circular erhalten habe, worin er gebeten werde, sich als Freiwilliger zu stellen. Man sagt, daß der Sold auf 7 Schillinge 6 Pence per diem erhöht, daß aber die Dienstzeit bedingungslos sei. Diese zweite Einladung wird sehr geheim gehalten. — Generalmajor French (Commandeur der N.-S.-W.-Truppen) sagt, daß, obgleich die Marinetruppen sich so lau verhalten hätten, es nicht die geringste Schwierigkeit machen würde, zwei gut eingeexercirte Compagnien zu senden, nur wünscht er, daß dann die Soldaten des sogenannten dritten Contingents das Vorrecht erhalten sollten.

Eben erfahre ich, daß sich in Folge der zweiten, dringlichen Aufforderung nunmehr ziemlich 100 Mann von der Naval Brigade als Freiwillige gemeldet haben. Die Niederwerfung des Bogeraufstandes ist also nunmehr gesichert.

II. Militärische Organisationspläne in Neuseeland.

Auckland, 15. Juli. Der ehrgeizigste Staat Australiens, Neuseeland, das oft seine Sonderpläne verfolgt, beabsichtigt, sich eine besondere militärische Organisation zu geben. Der Cecil Rhodes von Neuseeland, Premierminister Seddon, gab vor einigen Tagen eine wichtige Erklärung über die Landesvertheidigung ab. Der Hauptübelstand für effective Landesvertheidigung sei der Mangel an Capital, und es wäre vom größten Vortheil, sowohl für England, als auch für die Colonien, wenn England das für Hafenschutz und Bewaffnung u. s. w. der Schutztruppe (defence force) nothwendige Geld der Colonie vorschießen würde. Das würde den englischen Behörden eine Reservetruppe geben, die stets bereit und tauglich für activen Dienst und mit den modernsten Kanonen, Gewehren u. s. w. ausgerüstet sei. Tausende Neuseeländer seien willig und tauglich, Waffen zu tragen, und die Maoris (die Eingeborenen Neuseelands) würden eine gute Reserve bilden. Die Schutztruppen sollten folgendermaßen eingetheilt werden:

a. permanent (ständige) Artillery,
b. Freiwilligen-Corps (volunteer forces),
c. Imperial and Colonial reserves,
d. rifle clubs (Schützenbünde),
e. cadet corps.

Die Freiwilligen betrügen jetzt 11 500 Mann, und 6500 Mann mehr seien disponibel. Der Kostenanschlag für 18 000 Mann würde sich auf ca. 72 000 Pfd. Sterl. belaufen und 8000 Pfd. Sterl. für Manöver und Instruction.

Eine kaiserliche (imperial gleich britisch) Reserve solle von Leuten der Freiwilligen-Corps formirt werden, welche sich auf drei Jahre verpflichten und eine jährliche Löhnung erhalten sollten. Diese Truppe würde aus ca. 8000 Mann und 2000 Maoris bestehen. Kostenanschlag dafür: circa 100 000 Pfd. Sterling per Jahr. Wenn die anderen australischen Colonien proportional zu ihrer Bevölkerung dasselbe thäten, so würde eine Reserve von über 50 000 Mann stets zum activen Dienst innerhalb oder außerhalb der Colonien disponibel sein. — Zum Schluß schlug der Premierminister vor, daß eine militärische Conferenz unter dem Vorsitz des Lord Roberts aber eines anderen Generals abgehalten werden solle.

Die Wirren in China.

Ein Prophet!

Außerordentlich beachtenswerth ist eine Betrachtung, die der frühere deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, in der „Deutschen Rundschau" über die Lage in China anstellt. Sie ist vor der Ankündigung einer Wendung in der russischen Politik geschrieben, und dies vor Allem verleiht den Auseinandersetzungen ihre große Bedeutung. Ob Herr v. Brandt als ein Wissender hier, dem außer Amt Befindlichen, bekannt gewordene Thatsachen mittheilt, oder ob er als überaus scharfblickender Kenner der Triebfedern der Politik der fremden Mächte, insbesondere Rußlands, vorhersagt, müssen wir dahin gestellt sein lassen. In letzterem Falle sind seine Urtheile als Mahnungen noch werthvoller, denn der Verfasser hätte sich dann, wenigstens was Rußland angeht, als echter Prophet erwiesen. Er schreibt u. A.:

„Mit Bezug auf China wird man gut thun, zwischen zwei Strömungen zu unterscheiden. Die Bewegung der Boxer ist unzweifelhaft aus dem in weitesten Kreisen vorhandenen Fremden- und Christenhaß hervorgegangen; wie weit zu der Entstehung und schnellen Entwicklung derselben auswärtige, d. h. nicht locale, sondern hauptstädtische Einflüsse und Hetzereien beigetragen haben mögen, muß für den Augenblick unentschieden bleiben. Es wird aber kaum einem Zweifel unterliegen können, daß man in Peking in dieser Bewegung vielfach eine zum Mindesten nicht unerwünschte Unterstützung der auf die Aufrechterhaltung der Integrität und Unabhängigkeit Chinas gerichteten Tendenzen der Regierung gesehen hat. Ob und wie weit die chinesische Regierung durch die Bewegung fortgerissen worden ist, oder inwiefern die Besorgniß vor fremden Ein- und Uebergriffen sie zu Schritten getrieben haben mag, die von der Verzweiflung und dem Glauben eingegeben waren, daß es sich für sie um einen Kampf für und um die eigene Existenz handle: auch das wird ebenfalls erst später mit Sicherheit entschieden werden können. Für den Augenblick muß man sich mit Vermuthungen begnügen und mit Bezug auf diese bildet ein erst am 30. Juli von russischer amtlicher Seite veröffentlichtes Telegramm des Chefs der russischen asiatischen Bank in Peking, Pokotiloff, vom 15. Juni einen Beitrag von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das Schriftstück, welches den zweiten Theil des Telegramms bildet und bis jetzt, angeblich wegen der bei der Dechiffrirung sich herausstellenden Schwierigkeiten, nicht veröffentlicht worden war, lautet folgendermaßen: „In Folge der Ankunft unserer verschiedenen Detachements haben auch die Japaner beschlossen, 2000 Mann herbeizurufen und so die Zahl der fremden Besatzungstruppen auf 8000 Mann zu erhöhen. Die Mehrzahl der Gesandten hat entschieden, wenn die Detachements ankommen, in Peking die Schaffung von fremden Niederlassungen, wie sie bereits in den geöffneten Häfen bestehen, zu verlangen. Herr von Giers (der russische Gesandte) wird sich bemühen, diese Forderung auf die Ernennung eines fremden Polizeicommissars unter dem Befehl der Gesandten zu beschränken. Verschiedene der Gesandten wünschen eine besondere Regentschaft über den chinesischen Kaiser einzusetzen und die Kaiserin-Wittwe von der Macht zu entfernen, aber Herr von Giers besteht darauf, die Kaiserin an der Macht zu erhalten, da irgend welche andere Combinationen einige der Gesandten veranlassen würden, für ihre Candidaten Sitze in der Regentschaft zu verlangen. Außergewöhnliche Schwierigkeiten müssen für China aus den ungeheuren Entschädigungsforderungen aller Mächte für die Zerstörung von Eisenbahnen und fremden Häusern und Kirchen entstehen."

Wenn etwas von den in diesem Telegramm angedeuteten angeblichen Plänen fremder Vertreter zu den Ohren der Chinesen gekommen ist, so kann der Ausbruch der Bewegung in der Hauptstadt selbst kaum noch Wunder nehmen, so sehr man auch die Art und Weise, wie dieselbe sich entwickelt hat, bedauern und für strafbar erklären muß. Wichtiger vielleicht aber noch als der durch das Telegramm gewährte Einblick in das, was der Erhebung vorausgegangen, ist die Thatsache, daß dieses Telegramm, das an den russischen Finanzminister Witte, einen der hervorragendsten Staatsmänner, die Rußland und vielleicht Europa in diesem Augenblicke besitzen, gerichtet war, in dem „Amtlichen Anzeiger" veröffentlicht worden ist. Es liegt daher nicht fern, in demselben, neben einer Apologie für Rußlands frühere Politik gegen China, ein Programm für die zukünftig zu beobachtende Haltung zu erblicken, was in der That durchaus mit Herrn Witte's Ansichten, so weit dieselben bekannt geworden sind, und seiner bisherigen Handlungsweise übereinstimmen dürfte. Man wird daher wohlthun, anzunehmen, daß Rußland, wenn es auch für das, was in Peking geschehen ist, respective noch geschehen kann, in Gemeinschaft mit den anderen Mächten Genugthuung zu fordern nicht unterlassen dürfte, sich im seiner weiteren Haltung China gegenüber ausschließlich von den Interessen leiten lassen wird, welche seine geographische Lage und die Entwickelung Sibiriens, sowie Rentabilität der transsibirischen Bahn ihm auferlegen. In England wird man nicht abgeneigt sein, sich ebenfalls wesentlich von Verkehrs- und Handelsinteressen leiten zu lassen. Lord Salisbury hat seit Jahren eine ganz entschiedene Scheu vor jedem energischen Vorgehen gegen China gezeigt, das dieses in die Arme Rußlands treiben könnte, und er wird um so mehr an dieser Auffassung festhalten, als die englische Industrie und Finanzwelt bereits ernstlich unter den Zuständen in Ostasien zu leiden beginnen. Auch in Japan wird man einer, wenn auch nur partiellen Erledigung des Zwischenfalls nicht unsympathisch gegenüber stehen; man hat militärisch und politisch die Probe auf das Exempel der Bereitschaft und Bereitwilligkeit Europas und der Vereinigten Staaten, einen activen Antheil an den Vorgängen in China zu nehmen, gemacht, und man wird in Tokio zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß, wenn in Amerika gar keine Lust zu einer solchen Betheiligung vorhanden ist, dieselbe auch bei den meisten europäischen Staaten eine nicht übermäßig große sein dürfte. Ungelöst ist für Japan nur noch das russische X in dem chinesischen Räthsel, und es wird wohl auch noch für einige Zeit zu den unbekannten Größen gehören, da Rußland sich der unbestreitbaren Vortheile erfreut, keine Volksvertretung zu besitzen und Zeit zu haben. Dem Abschluß einer Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und China steht nur die Doppelzüngigkeit der chinesischen Regierung entgegen; wäre man in Washington über diesen Punct beruhigt, so würde nichts nicht nur einer solchen Verständigung, sondern auch der Uebernahme der Vermittelung zwischen China und den anderen Mächten seitens der Vereinigten Staaten im Wege stehen, und man würde in Europa Unrecht thun, die Bedeutung einer solchen Möglichkeit zu unterschätzen. In weiten politischen und commerziellen Kreisen Nordamerikas hat der Gedanke, daß der Stille Ocean dazu bestimmt sei, ein amerikanisches Meer zu werden, wie das Mittelländische Meer einst ein römisches war, festen Boden gefaßt, und wenn man vielleicht auch nicht gesonnen sein würde, zum Schwert zu greifen, um diesen Traum zur Wirklichkeit zu machen, so wird man doch jeden Fehler eines Gegners — und was sind die europäischen Mächte für Amerika anders? — benutzen, um ihn derselben näher zu führen. — In diesen Auseinandersetzungen sind die Gründe gegeben, die befürchten lassen, daß das, was bisher die verschiedenen Mächte zusammengehalten hat, nach dem Wegfall der Besorgniß für das Schicksal ihrer Landsleute anderen, mehr politischen und damit eingriffigeren Erwägungen weichen muß. Für den aufmerksamen Beobachter kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß man weder in Rußland, noch in Japan, weder in England noch in den Vereinigten Staaten geneigt sein dürfte, über ein gewisses Maß der Anforderungen an China hinaus zu gehen; man ist auf der einen Seite bereit, Li-Hung Chang als Friedensvermittler und Unterhändler anzuerkennen, während man auf der anderen, ganz besonders auf der russischen Seite an der Kaiserin-Regentin festhalten zu wollen erklärt. Diesen centrifugalen Tendenzen gegenüber wird die Stellung Deutschlands eine ganz besonders schwierige; man hat dort, wenigstens in einzelnen Kreisen, mit solcher Zähigkeit an der Ansicht festgehalten, daß ein Vorstoß auf Peking vor dem Herbst aussichtslos sei und daher unterlassen werden müsse, daß die Entsatzcolonne schließlich vor uns in Peking angekommen ist, ohne daß ein einziger deutscher Soldat sich in ihren Reihen befunden hat. Daraus einen Grund für weitere, ausschließlich deutsche militärische Operationen ableiten zu wollen, dürfte um so bedenklicher sein, als das lose Gefüge des gemeinsamen Oberbefehls einem solchen Verlangen kaum Widerstand zu leisten im Stande sein würde. Wir werden im Gegentheil gezwungen sein, mit den thatsächlichen Verhältnissen und der entschiedenen Kriegs- oder Conflictsmüdigkeit einer Mehrzahl der alliirten Mächte zu rechnen, wenn wir uns nicht der Gefahr aussetzen wollen, uns schließlich nicht nur der chinesischen Regierung, sondern auch einer oder der anderen der fremden Mächte, vielleicht sogar einer Coalition derselben gegenüber zu finden. Die Thatsache, daß die Kaiserin-Regentin und der Kaiser aus Peking verschwunden sein sollen, scheint allerdings dafür zu sprechen, daß die fremden Mächte sich für den Augenblick keiner Regierung oder nichts, was man als eine solche ansehen kann, gegenüber befinden; aber bei einigem guten Willen wird es nicht an der Möglichkeit fehlen, sich auf Grund der Vorstellungen Li-Hung-Tschang's eine solche zu construiren, die wenigstens dem Bedürfniß nach Abschluß einer Verständigung genügend erscheint. Es ist daher zum Mindesten nicht unmöglich, daß der Generalissimus der vereinigten fremden Streitkräfte sich bereits bei seiner Ankunft in Nordchina einer centrifugalen Bewegung der Mächte gegenüber sieht, die durchaus geeignet erscheinen könnte, einerseits sein Obercommando und andererseits die besonderen deutschen Interessen auf das Ernsteste zu gefährden. Unter den Umständen wird es ganz besonders nothwendig sein, sich über die Ziele der deutschen Politik klar zu werden, da man die Kräfte des deutschen Reiches für Fragen engagirt, über deren Bedeutung und Tragweite sich wenigstens die öffentliche Meinung in Deutschland durchaus nicht klar zu sein scheint. „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister", und das Wort paßt auch auf den Politiker, wenigstens auf jeden, der Anspruch auf den Namen eines praktischen Staatsmannes macht."

Aus den Schlußsätzen spricht eine Besorgniß, die in Deutschland von allen Besonnenen getheilt wird, wenn sie sich auch dafür und für andere Beweise einer nüchternen Auffassung politischer Dinge von Bedientenseelen als „Philisterseelen" schimpfen lassen müssen: die Besorgniß vor einer Politik, die nicht vor dem Versuche zurückschreckt, mit dem Kopfe durch die Wand zu rennen. Herr v. Brandt thut überzeugend dar, daß alle fremden Mächte Realpolitik zu treiben fest entschlossen sind. Daß er dem Finanzminister Witte eine Rolle in der Leitung der russischen Chinapolitik und zwar eine Hauptrolle zuweist, wird dem einen oder anderen deutschen Phantasten als die Regung einer besonders philisterhaften „Philisterseele" erscheinen. Der Mann aber hat Recht, und der Leitung des deutschen Auswärtigen Amtes — das entnehmen wir Zeitungen, die unabhängig sind, aber in ernsten auswärtigen Fragen die Fühlung mit den officiellen Berliner Diplomaten unterhalten — sagt Herr v. Brandt nichts Neues. Es ist nur zu hoffen, daß die geordnete Behörde die Oberhand behält und nicht die Vertreter der Meinung, daß Deutschland in China Besonderes erreichen müsse, auch auf die Gefahr hin, mutterseelenallein politisch zu dilettiren.

---

* **Berlin**, 3. September. Nach telegraphischen Nachrichten aus Peking hat der spanische Geschäftsträger Cologan als Doyen des dortigen diplomatischen Corps in einer bei der Beisetzungsfeier für den Freiherrn v. Ketteler gehaltenen Ansprache den Legationssekretär v. Below dem Kaiser das Beileid des gesammten diplomatischen Corps bezüglich der Ermordung v. Ketteler's zu übermitteln. (N. A. Z.)

* **London**, 3. September. Die Blätter stimmen darin überein, daß die Mittheilung Rußlands, daß es entschlossen sei, ohne Rücksicht auf die Entschlüsse der anderen Mächte, seine Truppen zurückzuziehen, eine sehr ernste Krisis heraufbeschwöre, ihr Widerspruch gegen eine allgemeine Zurückziehung der Truppen bleibt aber unerschüttert. Alle Blätter sind der Ansicht, daß der Entschluß Rußlands, mit einigen in der russischen Note vom 25. August bezeichneten Zielen der russischen Politik in keiner Weise in Einklang zu bringen sei. „Daily News" führen aus, die Einigkeit unter den Mächten werde durch den Entschluß einer Macht, ihre Truppen zurückzurufen nicht gestört. — „Daily Chronicle" bemerkt, das Verhalten Rußlands zerstöre nicht nur die Einmüthigkeit der Mächte, sondern mache auch die ganze Lage der Verbündeten zur Zielscheibe des Spottes der Chinesen, die bei der triumphirenden Rückkehr der Kaiserin unvermeidlich zu dem Schlusse gelangen müßten, daß sie die verhaßten Fremden vertreiben würden. Wenn Salisbury dieser Führung folge, welchen Schutz werde er dann wohl noch in Zukunft den britischen Unterthanen in China bieten können? — „Standard" betont, die russische Note stelle England vor ein fait accompli, das in einer Weise geschaffen worden sei, die nicht gerade höflich gegen die übrigen Mächte zu nennen sei. Wenn man Peking der allgewohnten Corruption und dem im Niedergange befindlichen Despotismus wieder preisgebe, so könne das nur denen passen, die nicht den Wunsch hätten, China während der nächsten Jahre in glücklichen und friedgeordneten Verhältnissen zu sehen. Salisbury werde nicht verfehlen, in Berlin, wie in Washington seine Einwände gegen eine solche Politik des Rückzuges darzulegen. England wünsche, daß nichts gethan